

Differenzen zwischen Medwedew und Putin

von Prof. Dr. Eberhard Schneider

Vorbemerkung

Am 2. März vor einem Jahr war Dmitrij Medwedew bereits im ersten Wahlgang zum russischen Präsidenten gewählt worden. Vielen fragten sich, warum Putin Artikel 81 der Verfassung nicht ändern ließ, der in seinem Absatz 3 keine zweite Wiederwahl zulässt. Die zur Verfassungsänderung notwendige Zustimmung von zwei Drittel der Stimmen aller Staatsdumaabgeordneten und drei Viertel der Stimmen aller Mitglieder des Föderationsrats hätte er mühelos bekommen können sowie die erforderliche Zustimmung von zwei Drittel der Parlamente der Regionen. Wahrscheinlich hatte Putin vor, eine vierjährige Pause einzulegen, um sich von dem Stress des Präsidentenamtes zu erholen und nach vier Jahren erneut für das Präsidentenamt zu kandidieren, was die Verfassung erlaubt. Putin entschied sich gegen eine Verfassungsänderung, denn er wollte nicht mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenka in einem Atemzug genannt werden, der die Verfassung 2004 ändern ließ, um sich 2006 zum dritten Mals als Präsident wählen lassen zu können.

Der Kampf der russischen Geheimdienste untereinander, der am 1. Oktober 2007 auf dem Moskauer Flughafen Domodedowo mit der Verhaftung führender Offiziere des einen durch den anderen eskalierte, veranlasste Putin offensichtlich, seine Meinung zu ändern. Er befürchtete, dass sich nach seinem Abgang aus der Politik die verschiedenen Machtgruppen, die er bisher in der Balance gehalten hatte, gegenseitig bekämpfen und die Silowiki (Geheimdienste, Innenministerium, Militär), die heterogen sind, übereinander herfallen würden. Außerdem bestand aus seiner Sicht die Gefahr, dass sein Nachfolger – wenn er selbst die Politik verließ – nicht die allgemeine Akzeptanz finden, sondern von den Silowiki bekämpft werden würde.

Welches wichtige Amt konnte Putin übernehmen, wenn er keine Verfassungsänderung wollte? Es blieb nur das Amt des Premierministers. Da der Präsident in Russland nicht nur repräsentatives Staatsoberhaupt ist, sondern auch über exekutive Vollmachten verfügt, musste sich Putin gut überlegen, unter welchem und mit welchem Präsidenten er gut arbeiten kann. Seine Wahl fiel auf Dmitrij Medwedew.

Auf einer Pressekonferenz am 14. Februar 2008 antwortete Putin auf die Frage nach möglichen Differenzen zwischen ihm als zukünftigem Premier und einem Präsidenten Medwedew, dass er Medwedew 15 Jahre lang aus gemeinsamer Arbeit kenne und dass sie gewohnt seien, einander zuzuhören und zu verstehen. Er vertraue Medwedew einfach. Deshalb sei es „nicht

schrecklich“, wenn er ihm die „wesentlichen Vollmachten zur Lenkung des Landes“ übergebe. Wenn er Präsident werde, werde er seine Beziehungen zum Staatsoberhaupt nicht ändern. Er werde ihm gegenüber „nicht feindlich oder kontraproduktiv“ eingestellt sein.

Beide, Medwedew und Putin, stammen aus Leningrad, wie zu Sowjetzeiten St. Petersburg hieß, und beide sind Juristen. Doch es gibt auch Unterschiede: Der Altersabstand zwischen beiden beträgt 13 Jahre, also eine halbe Generation. Putin ist Jahrgang 1952, Medwedew 1965. Beide sind völlig unterschiedlich sozialisiert. Putin kam aus ärmlichen Verhältnissen als Sohn eines Fabrikarbeiters zur Welt. Die Familie lebte in einer 20 m² großen Gemeinschaftswohnung, in der sie Küche und Bad mit anderen Familien teilen musste. Medwedew wuchs in einem Professorenhaushalt auf. In der Breschnew-Zeit genossen die Professoren hohes Ansehen und wurden nach ihren akademischen Graden gut bezahlt.

Entscheidungsabgrenzung zwischen Präsident und Premier

Das eigentliche politische Betätigungsfeld eines russischen Präsidenten ist laut Verfassung die Außenpolitik. Der Präsident bestimmt die „grundlegender Richtungen der Innen- und der Außenpolitik“ (Art. 80, Abs. 3) und leitet zudem die Außenpolitik (Art. 86, lit. a). Außerdem ist der Präsident der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Der Regierungschef hat laut Verfassung die Aufgabe, die „Außenpolitik der Russischen Föderation zu verwirklichen“ (Art. 114, Abs. 1, lit. e). Das bedeutet, dass Putin über den Außenminister keine dem Willen des Präsidenten völlig widerstrebende Außenpolitik betreiben kann. Allerdings verfügt Putin zur Umsetzung der Außenpolitik über das Außenministerium, das zur Regierung gehört, auch wenn es direkt dem Präsidenten untersteht.

Die in der Verfassung angegebenen Schwerpunkte der Regierungstätigkeit beziehen sich auf Wirtschaft und Finanzen, aber auch auf Kultur/Bildung/Wissenschaft, Gesundheit und Ökologie. Bezüglich der Außenpolitik und der Verteidigung des Landes bzw. der Sicherheit des Staates hat die Regierung nur die Umsetzung der Präsidentenpolitik zu gewährleisten.

In einem Interview am 24. Dezember 2008 erklärte Medwedew bezüglich seiner Zusammenarbeit mit Putin, dass sie sich regelmäßig austauschen. Sie besprechen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Fragen. Die Zusammenarbeit mit Putin bezeichnete Medwedew als „komfortabel“. Bei der ausführlichen Behandlung des Georgienkrieges betonte Medwedew allerdings, dass er allein die Entscheidung gefällt habe, den russischen Einmarschbefehl zu erteilen.

Medwedews „Bataillone“

Auf welche Elitegruppen und Apparate kann sich Medwedew verlassen? In der folgenden Tabelle wird eine Zuordnung der staatlichen, politischen und ökonomischen Strukturen versucht, wohl wissend, dass sie schematisch ist und die Einflusszuordnung nicht immer hundertprozentig ist.

	<i>Eher Medwedew zuzuordnen</i>	<i>Eher Putin zuzuordnen</i>
<i>Staatsorgane</i>	Arbitragegericht	Regierung
<i>Parlament</i>	Föderationsrat	Staatsduma
<i>Parlamentspräsidenten</i>	Föderationsrat: Sergej Mironow	Staatsduma: Boris Gryslow
<i>Regierung</i>	Justizminister Alexander Konowalow (untersteht dem Präsidenten direkt, ist ein Mann Medwedews)	Alle übrigen Minister
<i>Präsidialadministration</i>	Leiter der Kontrollverwaltung des Präsidenten Konstantin Tschujtschenko	Alle übrigen
<i>Außenpolitik</i>	Außenminister Sergej Lawrow (untersteht dem Präsidenten direkt)	Stellvertretender Leiter des Regierungsstabs Jurij Uschakow
<i>Sicherheitspolitik</i>	Sicherheitsrat als Organ (Präsident ist Vorsitzender)	Sekretär des Sicherheitsrats Nikolaj Patruschew
<i>Ermittlungsorgane</i>	Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka	Leiter des Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin
<i>Parteien</i>	„Gerechtes Russland“	„Einiges Russland“
<i>Wirtschaft</i>	Kleine und mittlere Unternehmen	Groß- und Rohstoffindustrie
<i>Wirtschaftsverbände</i>	Verband der kleinen und mittleren Unternehmer „Opora Rossii“ („Stütze Rußlands“)	„Russische Union der Unternehmer und Industriellen“, „Delowaja Rossija“ („Geschäftsrussland“)
<i>Elitegruppen</i>	Juristen/Richter	Silowiki
<i>Geheimdienste</i>		FSB
<i>Politische Hauptthemen</i>	Bekämpfung der Korruption	
<i>Soziologische Basis</i>	Mittelstand	

Aus dieser Zuordnung kann entnommen werden, dass der Präsident durchaus über gewisse Machtressourcen verfügt. Seine „Bataillone“ sind vor allem im Rechtswesen zu suchen, nicht nur, weil einige dort Tätige seine Schüler sind wie z.B. der Vorsitzende des Obersten Arbitragegerichts, Anton Iwanow. Doch gerade in diesem Bereich müssen Veränderungen stattfinden, wenn der Rechtsnihilismus in Russland, den Medwedew während seines Wahlkampfes mehrmals beklagt hat, abgebaut werden soll, der ja auch Hauptanlass für die westliche Kritik an Moskau ist.

Konfliktfelder

Auf drei Konfliktfeldern zeigen sich Differenzen zwischen Medwedew und Putin, in der Außen-, in der Innen- und in der Wirtschaftspolitik.

Außenpolitik

Durch die Bildung verschiedener Institutionen versucht Putin, sich einen gewissen Zugriff auf die Außenpolitik zu sichern. Zudem schaltete er sich gelegentlich in die außenpolitische Domäne des Präsidenten ein.

INSTITUTIONEN

Im Regierungsapparat schuf sich Putin einen eigenen „Außenminister“. Es ist der Stellvertretende Leiter des Regierungsapparats Jurij Uschakow, der für die „Realisierung der Außenpolitik“ zuständig ist. Bis Juni 2008 war er Botschafter in den USA. Er ist für eine scharfe antiwestliche Rhetorik bekannt.

Für die GUS-Politik rief Putin im Mai 2008 die „Föderale Agentur für GUS-Angelegenheiten“ ins Leben. Die GUS-Angelegenheiten wurden so aus dem normalen Tätigkeitsbereich des Außenministeriums herausgelöst, auch wenn die neue Agentur dem Außenministerium zugeordnet ist, mit dem sie im Tandem arbeiten soll. Mit der Bildung dieser föderalen Agentur wird zu erkennen gegeben, dass die GUS-Länder nach wie vor für Moskau kein normales Ausland sind und nicht als wirklich von Russland unabhängige Staaten betrachtet werden.

AKTIVITÄTEN

Bereits vor seiner Vereidigung als Präsident kündigte Dmitrij Medwedew im April 2008 an, dass er seine erste Auslandsreise Richtung Westen nach Paris unternehmen will, denn ab dem 1. Juli 2008 hatte Frankreich für ein halbes Jahr die Präsidentschaft in der Europäischen Union inne. Tatsächlich reiste Ende Mai 2008 Putin nach Paris. Als Revanche dafür, dass Putin ihm bei seiner geplanten Paris-Reise zuvorkam, berief Medwedew den neuen Sicherheitsrat, dem auch Putin angehört, zu seiner konstituierenden Sitzung am 31. Mai 2008 ein, als Putin gerade in Paris weilte.

Am 24. November 2008 sprach Putin auf der internationalen Menschenrechtskonferenz in St. Petersburg. Diese Konferenz war von der Parlamentarischen Versammlung der GUS und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes anlässlich des 140. Jubiläums der St. Petersburger Erklärung von 1868 organisiert worden, die damals auf Initiative Russlands zustande kam und die den Einsatz bestimmter Munition im Krieg verbot.

In seiner Rede äußerte sich Putin zu verschiedenen außenpolitischen Fragen, die eigentlich in die Kompetenz des Präsidenten fallen. Er griff dabei den Vorschlag auf, den Medwedew am 5. Juni 2008 in Berlin unterbreitet und auf der World Policy Conference am 8. Oktober 2008 im französischen Evian präzisierte hatte, einen Vertrag über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem abzuschließen. Dabei formulierte Putin das dritte „No“ Medwedews „Keine Entwicklung von Militärbündnissen, welche die Sicherheit von anderen Vertragsteilnehmern bedrohen“, konkreter: „Keine Entwicklung und Erweiterung von Militärbündnissen auf Kosten anderer Vertragsteilnehmer.“

Die Zuspitzung des dritten „No's“ Medwedews macht deutlich, worum es Putin geht: Um die Verhinderung der Aufnahme Georgiens und vor allem der Ukraine in die NATO.

Innenpolitik

Medwedew stoppte Anfang Juni 2008 den Gesetzentwurf des Staatsdumaabgeordneten Robert Schlegel („Einiges Russland“) zur Änderung des Mediengesetzes durch sein Schreiben an den Staatsdumavorsitzenden Boris Gryslow, in dem er sich gegen diesen Entwurf aus-

sprach. Durch die Verabschiedung des Entwurfs sollte erreicht werden, dass jede Zeitungsredaktion und jeder Fernsehkanal ohne Gerichtsbeschluss von einem örtlichen Beamten bei Verleumdung einer anderen Person – wie immer das interpretiert worden wäre - hätte geschlossen werden können.

Ende Januar 2009 intervenierte Medwedew gegen einen Gesetzentwurf, den im Dezember 2008 die Regierung in die Staatsduma eingebracht hatte. Er sah die Erweiterung der Definition des Geheimnisbegriffs im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung (Art. 151) vor. Wäre dieser Entwurf verabschiedet worden, hätte der FSB jeden, der Kontakt zu Ausländern unterhält, der Spionage und des Landesverrats verdächtigen können.

Wirtschaftspolitik

Ende Oktober 2008 bildete Medwedew den „Rat beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Entwicklung des Finanzmarktes der Russischen Föderation“. Der Rat wurde vom Präsidenten gebildet, und er hat ihn sich selbst zugeordnet, obwohl Finanzfragen eigentlich nicht das Thema des Präsidenten sind. Dieser Rat wurde nicht vom Premierminister gebildet und ihm auch nicht zugeordnet, obwohl neben der Verwaltung die Wirtschaftsleitung die Hauptaufgabe der Regierung ist. Und Putin gehört dem Rat nicht an.

Der Rat wird vom Ersten Stellvertretenden Premier Igor Schuwalow geleitet. Dem Rat gehören u.a. Medwedews Referent für Wirtschaftsfragen Arkadij Dworkowitsch, der Stellvertretende Premier und Finanzminister Alexej Kudrin, die Wirtschaftsministerin Elwira Naibullina, der Zentralbankchef Sergej Ignatjew, der Vorsitzende des Obersten Arbitragegerichts Anton Iwanow und die Vorsitzenden der Finanzausschüsse der beiden Parlamentskammern an, aber auch Innenminister Raschid Nurgalijew und FSB-Chef Alexander Bortnikow. Dass der Innenminister und der Inlandsgeheimdienstchef Mitglieder des Rats sind lässt darauf schließen, dass mit Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise gerechnet wird, die den Einsatz dieser beiden Sicherheitsorgane gegen Proteste der Bevölkerung erfordern könnten, wenn es zu einem deutlichen Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung kommen sollte.

In seinem Interview am 30. Januar 2009 mit dem Bulgarischen Nationalen Fernsehen lobte Medwedew seine sehr guten Beziehungen zu Putin. „Das bedeutet aber nicht, dass der Präsident die Augen vor den Problemen verschließen muss, die existieren“. Wenn er bei seinen Treffen mit der Regierung und den Ministern die Aufmerksamkeit auf bestehende Mängel lenke, sei das „absolut normal“.

Putin war wütend geworden, als er im Januar 2009 eine Analyse über den Zustand der russischen Wirtschaft erhielt, die von Experten des Präsidenten ausgearbeitet worden war. Er betrachtete das als eine Einmischung des Präsidenten in sein eigenes Aufgabenfeld. Medwedew warf der Regierung vor – nicht der Person Putin -, das Programm zur Rettung der russischen Wirtschaft, das bisher 200 Mrd. Dollar gekostet hat, zu langsam umzusetzen.

In seiner Rede auf der Sitzung des Präsidiums des Staatsrats am 20. Februar 2009 in Irkutsk, an der Gouverneure, Businessleute, Generaldirektoren und die Regierung teilnahmen, räumte Medwedew ein, dass die Krise ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und dass die russische Wirtschaft umgebaut werden müsse, damit sie den Herausforderungen der nächsten 7 bis 15 Jahren gewachsen ist. Er kritisierte, dass von den Regionen, aber auch von den Firmen, nur schwer Informationen über die Lage zu bekommen seien. „Wir arbeiten sehr langsam, unzulässig langsam für eine Krise.“ Die Probleme in Russland seien nicht von makroökonomischer Größenordnung, nicht die Folge der Schwierigkeiten, die im Weltfinanzsystem entstanden seien, „sondern einfach unsere Unfähigkeit schnell und qualitätsmäßig zu arbeiten“.

Medwedews Wirtschaftsberater Arkadij Dworkowitsch kritisierte auf dem VI. Wirtschaftsforum in Krasnojarsk Ende Februar 2009 die Staatsmacht und damit indirekt vor allem die Regierung, deren Mitglieder am Forum teilnahmen: Sie sei unzureichend auf die Überwindung der Finanzkrise vorbereitet. „Die Bereitschaft sowohl der Macht als auch der Gesellschaft, eine lange Krisenperiode zu überleben, ist sehr gering.“ Und auf einer Versammlung zu Wirtschaftsfragen bei Moskau forderte Medwedew am 4. März 2009 von der Regierung, dass sie das, was sie tut, allen Bürgern verständlich sein soll.

Putins Dilemma

Am 23. Februar 2009 äußerte die angesehene Wochenzeitschrift der russischen Unternehmer „Kompanija“ (Nr. 6) die Vermutung, dass das Tandem Medwedew-Putin bald auseinanderbrechen werde. Präsident Dmitrij Medwedew könne Premier Wladimir Putin entlassen, aber Putin nicht Medwedew. Wenn Putin die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht in den Griff bekommt, muss sich Medwedew von ihm absetzen, wenn er nicht selbst an Ansehen verlieren will. Tatsächlich sind in letzter Zeit immer mehr Anzeichen dafür zu beobachten, dass Medwedew an eigenem Profil gewinnt und nicht immer nur der Nachfolger Putins bleiben will. Katalysator für diesen Prozess ist die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Putin befindet sich in einem Dilemma: Wenn er im Amt bleibt, läuft er Gefahr, von der Bevölkerung für die Unfähigkeit der Regierung, die negativen Folgen der Krise zu bewältigen, verantwortlich gemacht zu werden. Er wird dann an Ansehen verlieren, was ihm im Jahre 2012 im Falle seiner erneuten Präsidentschaftskandidatur den Sieg kosten könnte. Tritt er zurück, verschwindet er aus dem öffentlichen Bewusstsein der Bevölkerung, was erst recht seine Wahl zur Präsidentschaft unmöglich machen würde. Wenn er überhaupt erwogen haben sollte, als Premier zurückzutreten und sich auf den Vorsitz der Machtpartei „Einiges Russland“ zu konzentrieren, so hat er den dafür günstigen Zeitpunkt im vergangenen Oktober, als die internationale Finanzkrise so richtig begann, verpasst. Wenn er jetzt zurücktritt, wird die Bevölkerung annehmen, die Krise ist nicht mehr zu beherrschen. Diese psychologische Auswirkung seines Rücktritts würde die Krise weiter verschärfen, denn bisher gilt Putin immer noch als *der* starke Politiker.

Putin kann, wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise anhält, was anzunehmen ist – in Moskau wird mit einer dreijährigen Dauer der Krise gerechnet -, dem oben skizzieren Dilemma nicht entgehen. Das bedeutet, dass seine Chancen, im Jahr 2012 erneut zum Präsidenten gewählt zu werden, gering sind, so dass er dann vorziehen dürfte, gar nicht erst zu kandidieren. Das würde bedeuten, dass 2012 Medwedew erneut zum Präsidenten gewählt wird, aufgrund der Verfassungsänderung dann für fünf Jahre.

Bemerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel.